

Antrag

**der Abgeordneten Birgit Stöver, Heiko Hecht, Thomas Kreuzmann,
Dennis Thering, Karl-Heinz Warnholz (CDU) und Fraktion**

zu Drs. 20/2447

Betr.: Verstaatlichung der Versorgungsnetze – Abenteuer beenden

Mit großer Geste wurde vom Bürgermeister am 29.11.2011 die Energiewende für Hamburg ausgerufen. Leider hält diese vollmundige Ankündigung nicht, was sie verspricht. Als Beitrag Hamburgs zu der bundesweiten Energiewende wurde lediglich eine Teilverstaatlichung der Versorgungsnetze angekündigt. Diese „Idee“ ist nicht nur teuer, sondern auch unwirksam. Jeder, der sich mit diesem Thema beschäftigt, sollte doch wissen, dass die Netze als neutrale Verbindungsstücke nur der diskriminierungsfreien Durchleitung der Energie – egal ob erneuerbar oder konventionell – von der Erzeugungsstätte zum Endverbraucher dienen. Eine Reduktion von CO₂ oder eine soziale Ausgestaltung der Energietarife, wie von der Initiative gefordert, ist mit ihrem vollständigen oder teilweisen Besitz nicht zu realisieren. Positiv hervorheben kann man nur die in der Kooperationsvereinbarung festgeschriebenen Absichtserklärungen für mehr Innovationen in Hamburg. Jedoch waren diese Maßnahmen von den Energieunternehmen auf lange Sicht schon geplant und werden auf der Zeitschiene nur vorgezogen.

Vor diesem Hintergrund fordern wir den Senat auf,

1. das finanzielle Abenteuer einer Teilverstaatlichung der Versorgungsnetze zu beenden und den geplanten Anteilserwerb von 25,1 Prozent nicht durchzuführen,
2. das Ansinnen der Initiative „UNSER HAMBURG - UNSER NETZ“, einen hundertprozentigen Rückkauf der Versorgungsnetze zu realisieren, abzulehnen sowie
3. eine ergebnisoffene, europaweite Ausschreibung der Energienetze durchzuführen.